Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Bezugspreise: bei normal gefaltetem Kopfverlagsorte 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (etwa 4 mm hoch, 1 Spalte) 1,50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 853, Postscheck Dresden 28 815. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 250. Bezugsgebühr: bei Bezug monatlich 3,20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 3 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Verkürzung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Alfred Neubrich, Berlin; Sächsischer Teil: Fritz Geißmann, Dresden; Inserate: Fritz Ritscher, Dresden; Druck u. Verlag: Druckerei Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17250, Postscheck Dresden 15000

8. Jahrgang | Dresden, Freitag den 23. Dezember 1932 | Nummer 293

Schleicher-Diktatur will euch den Brotkorb noch höher hängen!

Neue Zollbelastung der Massen

Margarineverteuerung noch in diesem Monat . Zölle für Weißkohl, Dickmilch, Oele und Kartoffeln vorbereitet . Neues Elend statt wirklicher Winterhilfe . Verstärkt den Kampf gegen Hunger und Frost!

Dresden, 22. Dezember. (Eig. Ber.)

Das Lobgeschrei der bürgerlich faschistischen und sozialfaschistischen Presse auf Herrn von Schleichers „Winterhilfe", das Hallelujagebell über die nun schon wieder einmal „segenbringende Weihnachtszeit" wird immer lauter von den Hungerrufen der keineswegs gesättigten, sondern nur mit ein paar Trostbrocken verhöhnten Massen übertönt. Die Empörung der Massen schwillt um so stärker an, als neue tückische Schläge der faschistischen Diktaturregierung gegen sie geführt werden sollen.

So liegt dem Reichspräsidenten bereits eine neue Notverordnung vor, welche die Beimischung von Butter zu Margarine und eine Fettkontingentierung bestimmt. Die Butterbeimischung soll 25 Prozent betragen. Das bedeutet eine ungeheure Verteuerung der Margarine noch in diesem Monat. Der Preis wird teilweise um 20 Pfennig pro Pfund steigen. Außerdem plant die Regierung Schleicher, am 1. Januar, bei Ablauf des Deutsch-Holländischen Handelsvertrages, die Zölle auf Weißkohl, Kartoffeln, eingedickte Milch und einige Oele erneut zu erhöhen, was eine weitere unerhörte Verteuerung wichtiger Lebensmittel bedeuten würde.

Die in der noch vor Weihnachten zu erwartenden Notverordnung enthaltene Verpflichtung zur Zwangsbeimischung von Butter zur Margarine hat natürlich eine bedeutende Verteuerung der Margarine zur Folge, da die Butterlieferanten, und das sind in der Hauptsache die Großagrarier, die Butter natürlich zu hohen Preisen liefern. Das Ganze stellt sich als eine Maßnahme zugunsten der Großagrarier durch eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen dar. Margarine ist heute noch das einzige, was sich ein Arbeiterhaushalt als Brotbelag „leisten" kann. In Zukunft muß er nun das Brot trocken essen, denn die Preise für Margarine sind heute schon unerhört hoch und für den Arbeiter kaum erschwinglich.

So sieht die Belieferung der notleidenden Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln aus, wie sie der General in seiner Rundfunkrede „in Aussicht" stellte. Hilfe für die Großagrarier, Riesensubventionen für die Schwerindustrie,

trockenes Brot für die hungernden Werktätigen.

Das ist die rauhe Wirklichkeit unter der Generalsdiktatur. Die Arbeiter werden sich durch die schönen Worte des Herrn von Schleicher „nicht beruhigen" lassen. Der Ruf des Hungers, der hunderttausendfach in diesen Tagen durch die Straßen gellte, er wird nicht verstummen!

Die Arbeiterschaft wird jeden Anschlag zu einer weiteren Senkung der Lebenslage mit dem Widerstand der geschlossenen Einheitsfront aller Werktätigen unter Führung der KPD beantworten!

„Winterhilfe" für 20 Millionen Hungernde:

Im Monat ganze 40 Pfennig!

Berlin, 23. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reichsregierung beendete gestern die Beratungen über die Winterhilfe und beschloß, daß der „Gesamtaufwand" für alle Notleidenden nur 35 Millionen Mark betragen soll. Mit diesem Beschluß sind die schlimmsten Befürchtungen in den Schatten gestellt. Rechnet man in Deutschland 7 Millionen Erwerbslose, so ergibt sich mit Familienangehörigen, wenig gerechnet, eine Zahl von 20 Millionen Hungernder und Frierender.

Wenn man bedenkt, daß die 35 Millionen Mark nicht einmal restlos in den Besitz dieser Hungerarmee gelangen, und daß sich diese „Winterhilfe" auf drei Monate erstrecken soll, so ergibt sich, daß die „Winterhilfe" pro Person nicht einmal 40 Pfennig im Monat ausmacht. Aber selbst diese vier Groschen kommen nicht zur Auszahlung, sondern werden in Form von „Gutscheinen" für „verbilligtes Fleisch, Wurst oder Kohle ausgegeben.

250000 Arbeitslose mehr!

„Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung" als neuer Betrugs- und Beruhigungsversuch . Harte Tatsachen, die alle Illusionen zerstören . Nur der Kampf um den Sozialismus schafft Arbeit und Brot!

Aus den Mitteilungen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung geht hervor, daß in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember die Zahl der registrierten Arbeitslosen um zirka 250 000 angewachsen ist.

In ihrem Halbmonatsbericht nimmt die Reichsanstalt an, daß in der Berichtszeit keine Auskeerungen aus „Alu" und „Krise" erfolgt seien und darum die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nicht „nennenswert gestiegen" sei. Eine seltsame Annahme, die durch die Wirklichkeit selbst widerlegt wird. Die Reichsanstalt zählt mit 3,6 Millionen Arbeitslosen ohnehin nur einen Teil der Arbeitslosen. Mit den Nichtregistrierten muß mit einer Zahl von über 8 Millionen Arbeitslosen gerechnet werden.

Der amtliche Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, der für die erste Dezemberhälfte eine Zunahme der registrierten Arbeitslosen um 250 000 aufweist, hat allen denen, die sich von der Stimmungsmache der kapitalistischen Presse noch beeinflussen ließen, mit aller Schärfe zum Bewußtsein gebracht, daß die bankrotten Kapitalisten nicht Arbeit schaffen, sondern nur die Arbeitslosigkeit immer mehr verschärfen können.

So ist die Lage. Sie ist für die herrschende Klasse so niederschmetternd, daß die Berliner „Tägliche Rundschau" vom 22. Dezember schreibt:

„Die gestrigen Beschlüsse des Reichskabinetts über die Winterhilfe standen offensichtlich unter dem etwas deprimierenden Eindruck der wachsenden Arbeitslosigkeit und lösten in negativem Sinne eine gewisse Zurückhaltung aus."

Diese Zurückhaltung bestand darin, daß ganze 35 Millionen für Verbilligungsmaßnahmen bewilligt und selbst die völlig unzureichenden Winterhilfebeschlüsse der Reichstagsausschüsse abgelehnt wurden.

Aber gleichzeitig wird verkündet, daß 500 Millionen Mark zwecks Durchführung eines „Sofortprogramms" der Arbeitsbeschaffung bewilligt worden seien. Die ganze kapitalistische Presse, allen voran die SPD-Presse, posaunt daraufhin in die Welt, daß nun die Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeit und Brot bekämen. Aber die Arbeitslosen dürfen sich keinen falschen Hoffnungen hingeben. Was kann bei dem heutigen Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft mit 500 Millionen von kapitalistischen Behörden geleistet werden? Noch sind die 500 Millionen keineswegs beschafft. Aber selbst wenn sie beschafft würden, so ist es eine Summe, die sich neben den jährlichen Ausgaben für den Wehretat von über 700 Millionen, neben den jährlichen Polizeikosten von mindestens 2 Milliarden, neben den Kosten der Bankensanierung von 1,5 Milliarden, neben den riesigen Unternehmersubventionen sehr klein ausnimmt. Gewiß, die Bourgeoisie kann damit eine Anzahl Arbeitsdienstlager aufrechterhalten, sie kann die Zwangsarbeit der Wohlfahrtsarbeitslosen ausdehnen, doch die Erfahrung hat gezeigt, daß durch diese Zwangsarbeit nur neue Massen bisher zu Tariflöhnen beschäftigter Arbeiter aufs Pflaster fliegen. Die Bourgeoisie kann nicht den Millionen Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeit und Brot geben.

Demgegenüber können wir freudig darauf hinweisen, daß die Kommunisten auf dem weiten Gebiet der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit liquidiert haben. Die Kommunisten haben an der Spitze der Arbeitermassen die Betriebe in den Allgemeinbesitz übergeführt, sie geöffnet und in der Sowjetunion wird so viel wie nur technisch möglich ist, produziert, um die stets wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen. Das ist der sozialistische Ausweg.

Solange in Deutschland die kapitalistische Klasse herrscht, wird jedes „Arbeitsbeschaffungsprogramm" nur das Ergebnis zeitigen, daß die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen ist. Die Kapitalisten lassen nur produzieren, wenn sie große Profite dabei machen können.

Unter dem kapitalistischen Regime können die Arbeitslosen nur im Kampf gegen die kapitalistische Klasse etwas hinzugewinnen und die Zerstörung aller Illusionen über die „Arbeitsbeschaffungspläne" und „Sofortprogramme" ist deshalb notwendig, damit der Kampf um wirkliche Arbeitsbeschaffung, um höhere Unterstützung, um die Winterhilfe, um Brot, Kartoffeln und Kohlen wirksam fortgeführt wird.

Wir entlarven Spitzel und Provokateure!

Warum sagt die Dresdner Volkszeitung keinen Ton über Grzesinskis Pension?

(Siehe im Innern des Blattes)

Bartl

wird im Kerker

festgehalten

In Stadt und Land müßt ihr seine sofortige Freisetzung und die Haftentlassung aller proletarisch-politischen Gefangenen verlangen. Jetzt heißt es:

Verstärkte Protestbewegung entfalten!

An die aus Kerkern entlassenen antifaschistischen Kämpfer!

Gruß des ZK der Kommunistischen Partei

Klassenbrüder!

Im Namen der vorwärtsstürmenden, kämpfenden Arbeiterklasse entbietet euch die Kommunistische Partei heiße brüderliche Willkommensgrüße.

Willkommen, ihr antifaschistischen Kämpfer! Die Sondergerichte und die ordentlichen Gerichte haben euch in die Zuchthäuser und Gefängnisse geworfen, weil ihr in der antifaschistischen Einheitsfront die Mordüberfälle der Faschisten abgeschlagen, weil ihr gegen den Lohnraub gekämpft, weil ihr vor den Wohlfahrtsämtern und Stempelstellen und auf den Straßen den Ruf nach Brot und Arbeit erhoben habt. Als „Hochverräter" wurdet ihr verurteilt, weil ihr für ein sozialistisches Deutschland gekämpft habt, weil ihr dem Hochverrat ein Ende machen wolltet, den die winzige Oberschicht der besitzenden Klasse an den Lebens- und Zukunftsinteressen an der erdrückenden Mehrheit des werktätigen Volkes begeht.

Die Teilamnestie, die euch die Freiheit brachte, ist kein Gnadenakt der herrschenden Klasse und ihrer Regierung, sie ist nicht zurückzuführen auf SPD, Nazis und andere bürgerliche Parteien. Sie ist das Ergebnis des unermüdlichen Kampfes, den die werktätigen Massen unter Führung der Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe in der proletarischen Einheitsfront gegen die Terrornotverordnung, die Sondergerichte und die Schreckensurteile der ordentlichen Gerichte, für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen geführt haben. Die Massenempörung, die Massenversammlungen, die Demonstrationen, die Proteststreiks in den Betrieben gegen die Terrorurteile hat für einen Teil der eingekerkerten antifaschistischen Kämpfer die Freiheit gebracht.

Ohne Arbeit, ohne Brot, der Arbeitslosenunterstützung beraubt, werdet ihr entlassen. Euch empfängt die brüderliche Solidarität aller Werktätigen, für deren Befreiung ihr in vorderster Front gekämpft habt.

Wir wissen, daß Zuchthaus und Gefängnis euren Kampfeswillen nicht geschwächt, sondern gestählt hat. Wir wissen, daß ihr euch einreihen werdet in die Millionenfront des kämpfenden Proletariats. Wir wissen, daß ihr wieder mit in der vordersten Front stehen werdet im Kampf um die Befreiung aller Opfer der Klassenjustiz.

Vorwärts zu neuen Kämpfen! Vorwärts zu neuen Siegen! Vorwärts für ein freies sozialistisches Deutschland!

Zentralkomitee der KPD

Felseneck-Angeklagte frei!

Schwere Polizeiattaken gegen die sie begrüßenden Arbeiter.

Berlin, 23. Dez. (Eig. Drahtb.)

Gestern ist in Moabit folgendes Urteil im Felseneckprozeß gefällt: Auf Grund des Amnestiegesetzes wird das Verfahren gegen sämtliche Angeklagte eingestellt. Als die proletarischen Angeklagten, die seit 11 Monaten auf das schlimmste gequält worden waren, das Gericht verließen, wurden sie von den Arbeitern auf das herzlichste empfangen. Sofort erschien ein Polizeiauto und die Schupo trieb die Arbeiter auf das brutalste mit dem Gummiknüppel auseinander. Ein Mann wurde schwer niedergeknüppelt. Die Leute flüchteten in die Hausflure und wurden verfolgt bis in die Kellergänge.